

Aus dem Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat seine Sitzungen am 6. August begonnen.

Die erste Arbeit der neugewählten Versammlung mußte die Prüfung der Wahlen sein; dieselbe wurde so rasch gefördert, daß schon am Freitag (10.) die größere Hälfte der Wahlen als gültig anerkannt war.

Nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung konnte nunmehr zur »Constituierung des Hauses«, das heißt zur Wahl der Präsidenten und Schriftführer behufs ordnungsmäßiger Erledigung der Geschäfte geschritten werden.

Die Präsidentenwahl ist gewöhnlich die erste Gelegenheit, bei welcher die verschiedenen Parteien im Hause ihre Zahl und Stärke messen und zugleich ein erstes Anzeichen, welcher Art die Stellung des Hauses der Regierung gegenüber etwa sein wird.

Man war in dieser zwiefachen Beziehung auf die diesmaligen Präsidentenwahlen sehr gespannt.

Die Abstimmungen bei denselben haben nun zunächst bestätigt, daß in dem neuen Abgeordnetenhaus keine der großen politischen Parteien für sich allein die Mehrheit der Stimmen hat. Von den 352 Abgeordneten (unter denen nur noch wenige fehlen) gehören etwa 140 zur konservativen Partei, etwa 80 zur Fortschrittspartei und 70 zu der seither mit letzterer eng verbündeten Partei des linken Centrums. Zwischen diesen beiden fast gleich zahlreichen Hauptgruppen (140 auf der Rechten, 150 auf der Linken) stehen drei kleinere politische Genossenschaften, nämlich 20 von der sogenannten »alt-liberalen« Partei, 20 von der katholischen Fraction und etwa 20 Polen.

Die absolute Mehrheit (das heißt die größere Hälfte) des Hauses besteht, wenn dasselbe (mit 352 Mitgliedern) vollzählig ist, aus 177 Abgeordneten: mithin wird weder die Rechte noch die Linke für sich allein die Mehrheit haben, sondern nur durch den Zutritt einer oder der anderen jener unbedeutenden Mittel-Fractionen.

Bei den diesmaligen Wahlen erlangte die bisherige Linke mit Hilfe der Polen und der katholischen Fraction eine Mehrheit von einigen Stimmen. (Die Alt-Liberalen stimmten zuerst für einen eigenen Kandidaten, nachher theilweise mit den Konservativen, theilweise mit der Linken).

Obwohl jedoch die Parteien, welche früher die weit überwiegende Herrschaft im Hause geübt hatten, auch jetzt noch eine Mehrheit der Stimmen für sich hatten, so ist doch keiner der früheren Präsidenten wieder gewählt worden.

Von vorn herein war es allerdings die Absicht der Linken, den früheren ersten Präsidenten des Hauses, Grabow, auch jetzt zu wählen; aus den Reihen der liberalen Partei aber wurde demselben der Wunsch zu erkennen gegeben, daß er aus freien Stücken auf die Wiederwahl verzichten möchte, um die Stellung des Abgeordnetenhauses zur Regierung zu erleichtern. Er war ja in der ganzen Zeit des inneren Zwiespalts vielfach der Wortführer der Mehrheit des Hauses und ihrer scharfen Anklagen gegen die Regierung gewesen, der langjährige Gegensatz zwischen der Landesvertretung und der Regierung schien mit seinem Namen unmittelbar verknüpft. Deshalb wünschten einzelne Liberale, welchen es mit der Versöhnung Ernst ist, daß durch die Wahl eines anderen Präsidenten die Beziehungen zur Regierung erleichtert würden. Der Abgeordnete Grabow fügte sich diesen Wünschen und erklärte vor der Abstimmung, daß er das Präsidium nicht wieder übernehmen würde.

An seine Stelle wurde der Abgeordnete von Forkenbeck gewählt, ein hervorragender Führer der Fortschrittspartei.

Während die Linke somit in der Wahl des ersten Präsidenten ungeachtet des Verzichts Grabow's entschieden bekunden zu wollen schien, daß ihr auch jetzt die Mehrheit im Hause gehöre, zeugten die Wahlen der beiden Vice-Präsidenten dagegen von einer gewissen Rücksichtnahme auf gemäßigtere Auffassungen.

Statt der früheren Vice-Präsidenten von Bokum-Dolffs und von Unruh wurden die Abgeordneten Stavenhagen

und von Bonin gewählt. Letzterer gehört der alt-liberalen Partei an, also der gemäßigsten der liberalen Fractionen, Stavenhagen hält sich zur Partei der linken Mitte, aber nach den patriotischen Worten, welche er beim Beginn der diesmaligen Verhandlungen gesprochen, ist er offenbar einer Versöhnung der bisherigen Gegensätze und einer Anerkennung der von der Regierung errungenen Erfolge entschieden zugeneigt.

Möchten diese Wahlen denn von guter Vorbedeutung für ein einträchtiges Zusammenwirken der Landesvertretung und der Regierung sein!

Im Abgeordnetenhaus waltet die Absicht ob, ebenso wie es im Herrenhaus bereits geschehen ist, in Erwiderung der Thronrede eine Adresse an den König zu richten. Jede der Parteien hat einen eigenen Entwurf dazu vorgelegt.

In allen diesen Entwürfen, so abweichend sie im Einzelnen sein mögen, weht ein Geist freudiger und begeisterter Anerkennung der großen Thaten unsers Heeres und unserer Regierung, sowie die Bereitwilligkeit zur patriotischen Mitwirkung für Preußens große nationale Aufgaben. Auch in dem Entwurfe der äußersten Fortschrittspartei ist kein Wiederhall der Bitterkeit und Schärfe, welche in früheren Kundgebungen des Abgeordnetenhauses geherrscht hatte.

Auch die liberalen Zeitungen sprechen fast durchweg die Erwartung aus, daß das neue Haus die alten Streitigkeiten hinter sich werfen werde, um den neuen Aufgaben, welche Preußen jetzt gestellt sind, mit gesammelten Kräften gewachsen zu sein.

»Es ist ein großer Moment, — ruft eines der bedeutendsten liberalen Blätter aus, — es wäre schlimm, sollte derselbe »ein kleines Geschlecht finden«.

(Das Herrenhaus) hat am letztvergangenen Montage den Beschluß gefaßt, an den König die nachstehende Adresse zu erlassen:

»Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König,
Allergnädigster König und Herr!

Erw. Königlichen Majestät Throne nahet sich heute das Herrenhaus mit den tiefsten Dankgefühlen gegen den allmächtigen Gott. Er ist es, der dem von Erw. Königlichen Majestät Selbst in den Kampf geführten preussischen Heere eine in der Weltgeschichte fast beispiellose Reihe unaufhaltbar rascher, glänzender Siege gnädig verliehen hat. — Ihm sei die Ehre! Seiner Hilfe wollen wir, will ganz Preußen in zuversichtlichem Glauben vertrauen, welches auch die Gefahren und Kämpfe sein mögen, die seine allweisen Fügungen über Europa und über unser Vaterland künftig noch verhängen.

Eure Königliche Majestät haben Allerhöchst Selbst bestimmt ausgesprochen, daß der Krieg mit Oesterreich nur nach der reichlichsten Prüfung und in der dadurch gewonnenen festen Ueberzeugung von der unbedingten Nothwendigkeit der Abwehr eines von Preußen weder hervorgerufenen, noch von ihm verschuldeten Angriffs unternommen worden ist.

Dieses Königliche Wort hebt das schmerzliche Bedauern, welches wir sonst, wie Euer Majestät Selbst, über den Krieg mit einer Macht empfinden würden, deren Fahnen mit den preussischen Bannern vereint in einer ewig denkwürdigen Zeit, so wie noch vor wenig Jahren, gemeinschaftlichen Feinden gegenüber gestanden haben. Wir haben aufrichtig beklagt, daß auch andere, sonst Preußen nah verbündete deutsche Staaten, mit Oesterreich den preussischen Heeren feindlich gegenüber traten und daß in den heißen Kämpfen der jüngstvergangenen Zeit auf beiden Seiten deutsches Blut geflossen ist.

Allein wenn das Zerwürfniß mit Oesterreich wesentlich aus solchen Mißverhältnissen entsprang, welche aus der Verfassung des deutschen Bundes entstanden, so dürfen wir mit Zuversicht hoffen, daß von dem jetzt nahen Friedensschlusse an, mit dem Ausscheiden des Kaiserstaats aus dem Bunde, ungetrübte Beziehungen zwischen den Regierungen Preußens und Oesterreichs beginnen und im beiderseitigen Interesse der mächtigen Monarchien sicher fortbestehen werden. Die Neugestaltung Deutschlands unter Euer Königl. Majestät Leitung wird in künftiger Zeit blutige Konflikte unter den deutschen Staaten von selbst ausschließen.

Der glorreiche Verlauf des Krieges legt ein neues, unwiderlegliches Zeugniß ab von den wunderbar glücklichen Erfolgen der von Euer Königlichen Majestät mit fester Hand Allerhöchst Selbst angebahnten und geleiteten Heeres-Organisation, sowie von der Noth-